

## Ausgedehnte Bundestagsdebatte über Landwirtschaftsgesetze

Bonn berät die neuen Hoch- und Landesverratsbestimmungen

BONN. Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es am Dienstag im Bundestag bei den zweiten und dritten Lesungen der Gesetze über die Getreidepreise, die Frühdruschprämien und das Kündigungsschutzgesetz, das schließlich gegen die Stimmen der FDP, Deutschen Partei und Bayernpartei von der Mehrheit aus SPD und CDU angenommen wurde. Zuvor hatte das Parlament Gesetzesentwürfe über die Änderung des § 410 der Reichsabgabenordnung, über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer, über die Neuordnung des Tarifvertragswesens zur Vorbereitung der zweiten Lesung an die Ausschüsse überwiesen.

Das Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrabgabensamens wurde in dritter Lesung mit großer Mehrheit verabschiedet. In der Frage der Festsetzung der „von ... bis ... -Höchstpreise“ für Getreide stellte die SPD dem Gesetz ein glattes Nein gegenüber. Jedermann wisse, so argumentierte der Abgeordnete Kriedemann (SPD), daß diese Preise nur auf dem Papier stünden, und daß ohne eine Vermehrung der Planung und Lenkung daran nichts zu ändern sei. Horlacher (CDU), der neben Ernährungsminister Niklas das Gesetz verteidigte, gab zu, daß die vorgesehenen Höchstpreise praktisch bestenfalls „Festpreise“ sein würden. Als der Abg. Faßbender von der FDP die Zustimmung seiner Fraktion von der Annahme eines Abänderungsantrags abhängig machte, wurde die Beratung des Gesetzesentwurfs unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Überprüfung ihrer endgültigen Haltung zu geben.

Den Mittelpunkt der Montagsitzung bildete die erste Beratung eines Strafrechtsänderungsgesetzes, durch das neue Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Als Staatsgefährdung werden künftig alle Handlungen verfolgt werden, die auf eine Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik abzielen, die einen Teil oder das ganze Bundesgebiet unter

fremden Einfluß zu bringen geeignet sind oder die die Selbständigkeit von Bundesländern beeinträchtigen oder einen Gebietsteil losreißen wollen. Auf Sabotage in öffentlichen Betrieben, auf Gründung oder Weiterführung verbotener Organisationen, auf Nachrichtensammlung für ausländische Regierungen oder Parteien, auf Verächtlichmachung der Bundesrepublik, ihrer Organe und ihrer Symbole, stehen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen.

Die SPD kündigte die Ablehnung des Gesetzes an, falls der von ihr verneinte § 97, der nach Ansicht der SPD dem Staat einen Eingriff in den politischen Meinungskampf ermöglicht, beibehalten werde. Die umstrittene Formulierung von Justizminister Dehler, die „als Kernstück der Verfassungsschutzbestimmungen“ bezeichnet wurde, hat folgenden Wortlaut: „Den Verfassungsgrundsätzen im Sinne dieses Abschnitts stehen gleich:

1. der Schutz der Grundrechte gegen eine Beeinträchtigung durch Gewalt, durch Erregung von Schrecken oder durch Einschüchterung mit ungesetzlichen Maßnahmen.

2. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.“

Die Entscheidung über das Gesetz wird in der für Mittwoch vorgesehenen zweiten und dritten Lesung fallen.

Bei der ersten Lesung eines Gesetzes zur Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin kündigte Finanzminister Schäffer einen Regierungsentwurf an, nach dem die finanzielle Gleichstellung Berlins mit den elf Ländern der Bundesrepublik erfolgen wird. Der Regierungsentwurf über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft wurde an fünf Fachausschüsse überwiesen und soll ebenfalls schon am Mittwoch endgültig verabschiedet werden; wie überhaupt die letzte Woche vor den Parlamentsferien im Zeichen eines enormen Arbeitstempos des Bundestags steht, der sich am Donnerstag schon mit der ersten Lesung des Schuman-Plan-Gesetzes befassen wird.



Der stellvertretende britische Hohe Kommissar I. G. Ward (links) überreichte am Montag dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Hallstein, die Note, in der die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik mitgeteilt wurde. Bild: AP

## Wann kommt die Hochschulreform?

H. G. v. St. Es ist jetzt über drei Jahre her, daß der damalige Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, General Robertson, eine Anzahl von Gelehrten brief, um „den Anteil der deutschen Hochschulen an demokratischen Aufbau der Nation zu ermitteln und geeignete Vorschläge zu machen, wie dieser Beitrag gesteigert werden könne“. Zu den deutschen Mitgliedern dieser Kommission gehörten Professoren sowie Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften, der Kultusbehörden und der Wirtschaft. Die beiden einzigen Ausländer waren der Rektor des Balliol College in Oxford, Lord Lindsay of Birker und der Schweizer Professor Jean R. v. Salls von der Technischen Hochschule in Zürich.

Die Kommission besuchte damals 18 westdeutsche Hochschulen. Ihre Empfehlungen befürworteten die Einführung eines „studium generale“, innerhalb dessen Studenten aller Fakultäten mit den Grundfragen der Philosophie, Soziologie, Geschichte, Volkswirtschaft und Psychologie bekannt gemacht werden sollten, ferner die Berufung von „Studienprofessoren“ nach englischem Vorbild (Tutors), die Schaffung von Hochschulräten und Beiräten, sowie die Stärkung der Hochschulautonomie.

Die Fehler des deutschen Universitätssystems sind in Deutschland selbst nicht immer mit der notwendigen Klarheit erkannt worden. Ein deutscher Gelehrter wie der Archäologe Ludwig Curtius fand wenig Gegenliebe, wenn er, wie in seinen Lebenserinnerungen (Deutsche und Antike Welt) erklärte: „Das Ziel unserer Vorlesungen müßte weniger ein fachgelehrtes, kritisches sein, sondern die allgemeine geistig-moralische Erziehung des Studenten.“ Wenn Curtius weiter feststellt: „Das englische System leistete als rein wissenschaftliches viel-

leicht weniger als das deutsche, aber für die geistige Gesamterziehung der Nation leistete es ungleich mehr“, so sagt er damit eine in Deutschland leider zu wenig bekannte Wahrheit. Und erst recht wird man Curtius verpflichtet müssen, wenn er im Hinblick auf die 1933 einsetzende Entwicklung das politische Versagen der deutschen Hochschulen erklärt: „Die Universitäten waren zu schwach im doppelten Sinne. Sie waren zu schwach in sich als geistige Körperschaften und sie waren zu schwach in ihrer Wirkung auf die Nation. Überdenkt man ihre Lage, so findet man die bizarr-tragische Situation, daß dasselbe deutsche Volk, das sie als sein kostbarstes Gut hegte und pflegte und stolz auf sie war, sich selbst um all den geistigen Einfluß brachte, den es hätte von ihnen empfangen können.“

Wie alle geistigen Institutionen unterliegen die Hochschulen dem Wandel der Zeit. Man kann Humboldt kein größeres Unrecht tun, als wenn man unter Berufung auf die von ihm begründete Tradition der Lern- und Lehrfreiheit, der Freiheit von Forschung und Lehre, den Sinn der deutschen Hochschule ausschließlich in der Vermittlung des Wissens und der Heranbildung von Wissenschaftlern suchen will, wie dies bei einem großen, wenn nicht dem überwiegenden Teil der deutschen Professoren noch immer der Fall ist.

Für die geistige Erstarrung der Lehrkörper war nicht bezeichnender, als daß die Initiative zu einer Hochschulreform von den Besatzungsmächten und nicht aus der Mitte der Hochschulen kam, und daß die Vorschläge der von ihnen berufenen Kommission in akademischen Kreisen in der Regel auf Schweigen stießen. Wohl haben einzelne Hochschulen einzelne Anregungen aufgegriffen. So wurden in Freiburg und Hamburg Hochschulbeiräte gegründet, während in Karlsruhe einem erweiterten Senat diese Funktion zufallen soll. In Tübingen ist mit der Gründung eines „Collegium Leibnizianum“ ein Versuch zur Einführung des „studium generale“ gemacht worden und Göttingen und Berlin haben ihre Studienordnungen in diesem Sinne revidiert. Aber davon zu sprechen, daß die Hochschulen den Gedanken der Hochschulreform begeistert aufgriffen, daß sie Vorschläge wie die erwähnten mit Gegenvorschlägen bereicherten und den Kultusbehörden der Länder keine Ruhe ließen, Durchführungsverordnungen zu erlassen, ist leider nicht möglich.

Und so überläßt man es denn den Hochkommissaren, wie kürzlich McCloy in Frankfurt, François-Poncet in Mainz, der akademischen Jugend jene Probleme ans Herz zu legen, die den tieferen Sinn der Hochschulreform ausmachen: die Erziehung zum Interesse am Gemeinwesen. Der amerikanische Professor Perry Miller, Harvard University, der in Europa als Gastprofessor tätig war, schrieb kürzlich: „Nach einer höheren Schule, die außer Drill und Auswendiglernen kaum etwas anderes bot, betritt der 18jährige Student gefaßt und ernst die Universität und wird einer bestimmten Fakultät zugewiesen, über die er geistig nie hinauswächst. Dort wird er genötigt, sich auf Lebenszeiten der Theologie, Jura oder Medizin zu verschreiben. Der Druck der Gesellschaft gestattet es ihm nicht, seine Karriere aufs Spiel zu setzen, indem er seine Geisteskräfte für irgendeine andere als seine Berufsausbildung verwendet.“ Dieses Urteil ist keineswegs auf die deutschen Hochschulen gemünzt. Aber wir wären weiter, wenn wir zugeben würden, daß es auch uns angeht.

## Beendigung des Kriegszustandes

Großbritannien geht USA und Frankreich voran / Insgesamt etwa 50 Länder

BONN. Vertreter der drei Hohen Kommissare unterrichteten am Montagmorgen die Bundesregierung über die Schritte ihrer Regierungen zur Beendigung des Kriegszustandes. Die britische Regierung hat durch Proklamation den Kriegszustand am Montagmorgen um 16 Uhr offiziell aufgehoben.

Die entsprechende Note wurde durch den stellvertretenden britischen Hohen Kommissar, Ward, Staatssekretär Prof. Hallstein überreicht. Der britische Außenminister Morrison gab diesen Beschluß am gleichen Tage im Unterhaus bekannt. Neben Großbritannien erklärten auch Australien, Neuseeland und die Südafrikanische Union den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

Präsident Truman hat den amerikanischen Kongreß ersucht, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden. In seinem Schreiben kam zum Ausdruck, die Aufhebung des Kriegszustandes werde keine Auswirkung auf die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland, sondern in erster Linie einen psychologischen Effekt haben. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, Connally, erklärte am Montagabend, die Annahme der Empfehlungen Trumans durch den amerikanischen Senat in etwa vier Wochen zu erwarten.

Die französische Regierung hat, nach einer Erklärung des Außenministeriums, am Montag einen Erlaß zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zugestimmt. Die Proklamation wird nunmehr den einzelnen Kabinettsmitgliedern zur Unterschrift zugeleitet werden. Im Augenblick ist noch nicht erreichbar, ob der Erlaß noch vor dem Rücktritt der französischen Regierung in Kraft treten kann.

Die Aufhebung des Kriegszustandes bringt in erster Linie einige Erleichterungen für den

Wirtschaftsverkehr. Der britische Außenminister Morrison erklärte, er erwäge die Herausgabe eines „Weißbuches“, das zur Aufklärung der Öffentlichkeit einen genauen Überblick über die rechtlichen Fragen der „Beendigung des Kriegszustandes“ im Vergleich zu dem Abschluß eines Friedensvertrages geben soll. Die Besatzungspolitik werde auf jeden Fall nicht betroffen. Eine entsprechende Erklärung war auch von den Vertretern der Hohen Kommissare der Bundesregierung gegenüber abgegeben worden.

Bundeskanzler Adenauer begrüßte die von verschiedenen Ländern ausgesprochene Beendigung des Kriegszustandes als einen „großen Fortschritt“. Damit werde ein Schlußstrich unter diskriminierende Bestimmungen im zwischenstaatlichen Verkehr gesetzt.

## Waffenruhe-Verhandlungen im Gange

„Keinerlei politische Gespräche“ / Ridgway: „Stadium der reinen Vermutung“

KÄSONG. Die erste offizielle Waffenruhe-Konferenz zwischen Vertretern der UN und kommunistischen Unterhändlern in Käsong am Dienstagmorgen war nach genau 91 Minuten beendet.

Das zweite Treffen der Delegationen dauerte zweieinhalb Stunden. Anschließend kehrte die alliierte Delegation zu ihrem Standort Munsan — etwa 25 Kilometer von Käsong entfernt — zurück. Die Delegation lehnte jede Äußerung ab.

Generalmajor Craigie erklärte nach seiner Rückkehr aus Käsong, die Verhandlungen des ersten Tages seien „sehr erfolgreich“ verlaufen.

Der Hauptunterhändler der Alliierten, der amerikanische Vizeadmiral Joy erklärte den Kommunisten, seine Delegation sei einzig und allein an einer garantierten Beendigung der Feindseligkeiten interessiert und werde „keinerlei politische Gespräche“ führen. In der Eröffnungserklärung der alliierten Delegation wurde festgestellt, daß die Unterhändler im Namen des Oberkommandos der UN sprechen. Sie seien sich der großen Bedeutung bewußt, die die begonnenen Verhandlungen für die Völker der ganzen Welt darstellen.

Der Abordnung der UN gehören drei Generale und zwei Admirale, der kommunistischen Delegation fünf Generale an. Die UN-Delegation wurde mit fünf Hubschraubern an den Verhandlungsort gebracht.

Der UN-Oberbefehlshaber, General Ridgway, begab sich am Montag nach Seoul, um

für die Beratungen der Unterhändler zur Verfügung zu stehen. Vor Pressevertretern wies Ridgway darauf hin, daß die Waffenruheverhandlungen sich noch in einem kritischen Stadium befänden und die Frage des Erfolgs oder Mißerfolgs „immer noch völlig offen“ sei. „Wir sind noch immer nicht sicher, was der Gegner im Sinn hat. Im Augenblick befinden wir uns in einem Stadium der reinen Vermutung.“

Nach Meldungen aus Washington rechnet man dort damit, daß die Waffenstillstandsverhandlungen sich noch mehrere Wochen hinziehen werden. Aus Kreisen des amerikanischen Verteidigungsministeriums verlautete, eine längere Verhandlungsdauer werde von den USA nicht als unbillig angesehen, da man sich der großen Schwierigkeiten der chinesischen Unterhändler bewußt sei, die allein rein nachrichtemäßig einem Meinungsaustausch zwischen Käsong und Peking im Wege stünden. Grundsätzlich ist man davon überzeugt, daß die Kommunisten wirklich einen Waffenstillstand anstreben. Folgende Bedingungen werden aufgeführt: Die Frontlinien sollen dort festgelegt werden, wo sie am Tage des Waffenstillstands verlaufen; Errichtung neutraler Zonen; Untersagung aller Verstärkungen; Austausch der Kriegsgefangenen auf der Grundlage 1:1; Überwachung des Front- und des rückwärtigen Gebiets auf beiden Seiten zur Überprüfung der Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen, vorzunehmen durch Mitgliedstaaten der UN, die an den Kämpfen der UN nicht beteiligt sind.

## Luftbrückendenkmal

BERLIN. In Anwesenheit von 75 000 Berlinern und hoher in- und ausländischer Gäste wurde am Dienstagmittag das Luftbrückendenkmal auf dem „Platz der Luftbrücke“ — zwei Jahre nach der Blockade Westberlins — von Oberbürgermeister Prof. Reuter enthüllt. Am Fuß des etwa 20 Meter hohen Betonpfeilers, dessen drei Spitzen die drei Luftkorridore versinnbildlichen, durch die Berlin während der Blockade mit dem Westen verbunden war, befindet sich eine Bronzeplatte mit den Namen der 53 alliierten Flieger, die in dem elf Monate dauernden Einsatz ihr Leben ließen.













Abschied von Karl Ehnis

Nagold. Eine fast unübersehbare Menschenmenge gab dem so jäh dahingegangenen Forstsekretär Karl Ehnis das letzte Geleit...

Als der Geistliche unter Erinnerung an den Hochzeitstext des Verstorbenen, der am Hochzeitsfest beerdigt wurde, den Sarg der Erde übergeben hatte, folgte eine lange Reihe von Nachrufen...

Belsamo kommt nach Bad Liebenzell

Bad Liebenzell. Das Veranstaltungsprogramm der Kurverwaltung sieht für den kommenden Freitag einen Abend mit dem bekannten Experimentalpsychologen Belsamo...

Am folgenden Samstag will der „Widerspiegel“ mit seinem Erfolgsprogramm „Reserve hat keine Ruh“ die Liebenzeller Gäste erfreuen...

Der Sonntag bringt wieder ein großes Nachmittagskonzert der Kapelle Happel, einen Tanztee und einen Tanzabend auf der Kurhausterrasse...

Bei Verkehrsunfall tödlich verletzt

Höfen. Als am Sonntagabend ein Kraftfahrer auf Schwann die Hindenburgstraße passierte, wollte eine 71jährige Frau die Straße überqueren...

Hotelier Funk †

Dobel. Unter starker Beteiligung von Einheimischen und Auswärtigen wurde letzten Freitag Hotelier Funk zur letzten Ruhe geleitet...

Obstbau steht nicht auf verlorenem Posten

Tagung der Württ. Baumwarte des Schwarzwaldkreises in Nagold

Nagold. Schon am Sonntagvormittag wies der Rundgang durch Obstanlagen und Forstbaumkulturen unter der bewährten Führung von Kreisbaumwart Walz (Nagold) eine große Teilnehmerzahl auf...

Kreisobstbauinspektor Strobel schilderte in eindringlichen Worten die Sorgen und Hoffnungen des Obstbauers...

Für 25 und mehr Jahre Baumwarttätigkeit wurden mit einer Urkunde des Landesverbandes Württemberg der Baumwarte ausgezeichnet...

Ungericht (Rotfelden), Karl Walz (Rohrdorf), Adolf Wuchter (Arnsbach).

In einem sehr eingehenden Vortrag befaßte sich Landwirtschaftsrat Schüle (Stuttgart) mit der auf dem Generalplan zur Förderung des Obstbaus an erster Stelle stehenden Umpfropaktion...

Herzlicher Beifall dankte ihm für seine Ausführungen. Kreisoberinspektor Strobel unterstrich diese Forderungen und meinte mit Bedauern, daß man eigentlich auch die Obstbauern selbst in die Umpfropaktion einbeziehen müßte...

Nach wie vor „der kleine Kopf“

Friseure unseres Landes tagten in Wildbad — Ein vielbeachtetes Preisfrisieren

Wildbad. Am vergangenen Samstag nahm in Wildbad der Landesverbandstag der selbständigen Friseure von Württemberg-Hohenzollern seinen Anfang...

Am Nachmittag begann der Wettbewerb mit dem Damenfrisieren, zunächst an Modellen, deren Wasserwelle zuvor in Wildbader Geschäften eingelegt und getrocknet worden war...

Das Fazit des Geschauten aus diesem und dem dann folgenden Damenfriseurwettbewerb dürfte besonders unsere Leserinnen interessieren...

Tönungen nach wie vor bevorzugt, Platinblond ist allerdings nur noch wenig gefragt, dagegen Gold- und Teelblond...

In ähnlicher Weise wurden anschließend die Wettbewerbe im Ondulieren und im Herrenfrisieren (Façonschnitt) durchgeführt.

Der Präsident des Zentralverbandes, Vulpes, nahm zwischendurch die Gelegenheit wahr, die dringlichsten Probleme des Berufsstandes kurz zu erläutern...

In fachlicher Hinsicht ging der Präsident kurz auf modische Fragen ein. Er hob die Vorteile des „kleinen Kopfes“ hervor...

Am Abend, bevor der gemütliche Teil in einem Unterhaltungsabend zu Wort kam, wurden die Preisträger ausgezeichnet...

Meisterklasse

Ondulation: 1. Fred Sagasser (Langenenslingen), 2. Heinz Laible (Reutlingen), 3. Karl Roth (Reutlingen).

CALWER ZEITUNG

Verlag Paul Adolff, Calw, in der Schwäbischen Verlagsgesellschaft m. b. H.

Chefredakteure: Will Hanns Hebesacker und Dr. Ernst Möller. Für den Lokalteil verantwortlich: F. H. Scheele.

Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.

Karl Roth (Reutlingen). — Wasserwelle: 1. Heinz Laible (Reutlingen), 2. Fred Sagasser (Langenenslingen), 3. Gertrud Bernhard (Tailfingen).

A-Klasse

Wasserwelle: 1. Inge Endreß (Reutlingen), 2. Lore Merz (Loßburg), 3. Inge Gundel (Reutlingen).

Lehrlinge

Wasserwelle: 1. Elisabeth Anwander (Reutlingen), 2. Herta Oppold (Neuenbürg), 3. Strobel (Tailfingen).

Herrenwettbewerb Façonschnitt

A-Klasse: 1. Heinrich Mammle (Calw), 2. Gerhard Fauth (Neuenbürg), 3. Bernd Winkle (Tuttlingen).

Herrenberger Schweinemarkt vom 7. Juli

Zufuhr: 13 leichte Ferkel (bis 6 Wochen); 30 mittlere Ferkel (6-8 Wochen); 30 schwere Ferkel (8-12 Wochen).

Von Händlern waren 38 Stück zugeführt. Es waren wenig Käufer am Platz. Der Verkauf ging gut. Begehrt waren Milchschweine.

Ein Blindgänger kreperte

Pforzheim. Auf der Landstraße Ittersbach — Langensteinbach wurden bei Straßenverbreiterungsarbeiten drei Arbeiter verletzt, als plötzlich ein Blindgänger kreperte...

Leser schreiben

Schuljahresbeginn und ABC-Schützen

Wie aus der Presse ersichtlich, werden demnächst Schulneulinge aufgenommen. Der erste Schritt zur Schule war immer ein besonderes Ereignis.

Das 7. Lebensjahr allein ist nach Ansicht aller Fachleute das Jahr, das dem Lesenlernen, und um das handelt es sich doch im 1. Schuljahr, gemäß ist.

Eltern! Ist euer Kind geistig so weit entwickelt, daß es das Lesenlernen, das Schreibenlernen schafft, ohne daß es körperlich und seelisch darunter leidet?

Ein Lehrer



In Herrenberg kauft man gut Zinsler ist da...

Karosserie-Reparaturen jeder Art Pritschen (Kompl. Holzbearbeitung) Autolackierung und -Sattlerei

Postkarten, Rundschreiben Briefbogen, Rechnungen

Volkstheater Calw Nur Mi. u. Do. der klassische Willi-Forst-Film: „Leise flehen meine Lieder“

Holzbearbeitungsmaschinen Wir verkaufen im Auftrag: 1 Kettenfräse, mit Motor, Fabr. Festo, gebraucht DM 480,-

Auch in TRAUER KLEIDUNG die reichhaltige Auswahl, welche für unser Haus charakteristisch ist.

Nebenbeschäftigung! Zu den bekannten Spielzeiten des Volkstheater werden 2 weibl. Kräfte in Nebenbeschäftigung gesucht.

Guter Gewinn durch Textilwaren Versand-Katalog für Wiederverkäufer gratis

Ca. 20 Zentner Weizenstroh verkauft Paul Weib, Althengstett, Telef. 235

Es gibt keinen Artikel, der so bekannt ist, daß er der Anzeigenreklame entbehren könnte